

# 18 Empfehlungen für einen starken Mittelstand von morgen

## Schlaglicht Existenzgründung

Sonderauswertung des DIHK-Gründerreports 2014



DIHK

Deutscher  
Industrie- und Handelskammertag

Herausgeber  
und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.  
DIHK Berlin:  
Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte  
Telefon (030) 20 308-0 | Telefax (030) 20 308 1000

Internet: [www.dihk.de](http://www.dihk.de)  
Facebook: [www.facebook.com/DIHKBerlin](http://www.facebook.com/DIHKBerlin)  
Twitter: [http://twitter.com/DIHK\\_News](http://twitter.com/DIHK_News)

Redaktion

DIHK – Bereich Wirtschaftspolitik, Mittelstand, Innovation  
Dr. Marc Evers

Stand

September 2014

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

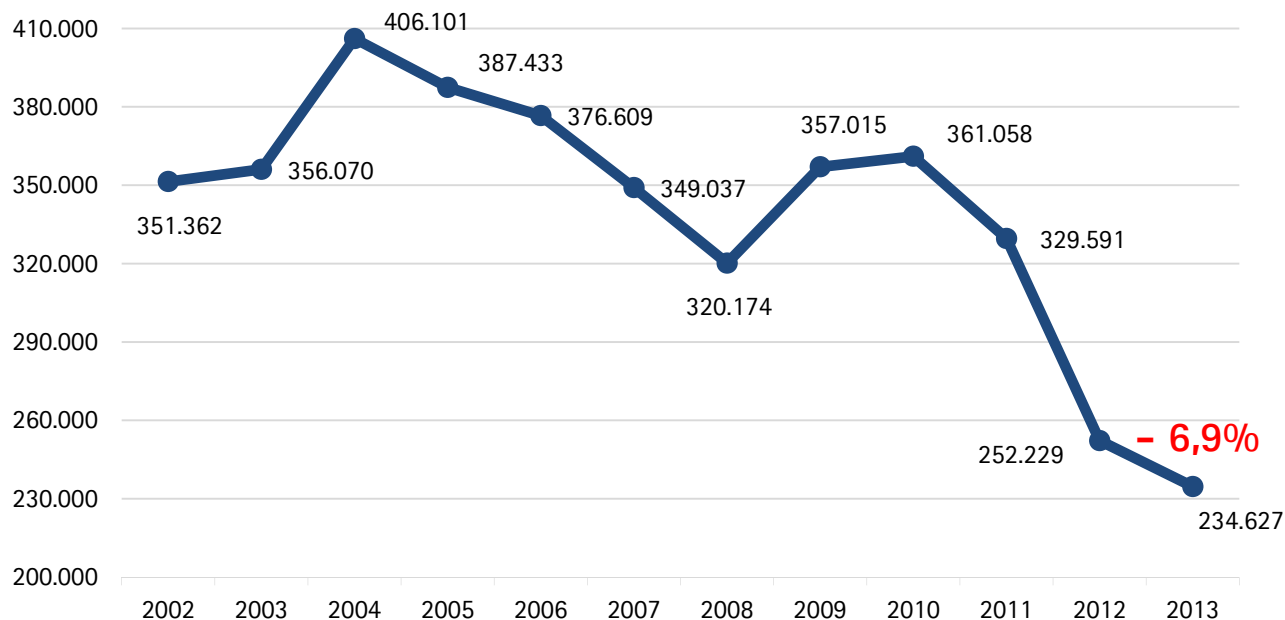
## Schlaglicht Existenzgründung:

# 18 Empfehlungen für einen starken Mittelstand von Morgen

Wenig Unternehmensgründungen	Die Neigung, ein Unternehmen zu gründen, ist in Deutschland nach wie vor schwach ausgeprägt. Im Zusammenspiel mit dem demografischen Wandel führt dies bis 2050 zu einer Lücke von insgesamt einer Million Unternehmen. Allerdings sehen die Industrie- und Handelskammern (IHKs) aktuell zwei positive Trends.
Frauen könnten 50.000 zusätzliche Arbeitsplätze durch Neugründungen schaffen – pro Jahr	Der Anteil von Frauen bei den IHK-Gründungsseminaren liegt mit 43 Prozent inzwischen nahezu gleichauf mit dem der Männer. Wäre der Frauenanteil an allen Gründungen genauso hoch wie bei den IHK-Gründungsseminaren, so könnten dadurch rund 50.000 zusätzliche Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen werden.
Viele gute Ideen in den Startlöchern	Noch größere Impulse gäbe es, wenn es mehr Startups in den Bereichen der Hochtechnologie und der internetaffinen Branchen geben würde. Denn diese schaffen innerhalb von fünf Jahren doppelt so viele Arbeitsplätze wie der Durchschnitt der Gründer. Auch hier sehen die IHKs eine positive Entwicklung. So lassen sich – gemessen an einer entsprechenden Analyse vor sieben Jahren – mehr als doppelt so viele Gründer von IT-Startups von den IHKs beraten.
18 Empfehlungen	Das Problem: Viele der Ratsuchenden setzen ihr Gründungsvorhaben letztlich nicht um. Richtigerweise bekennt daher die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag: „Unser Land braucht eine ‚Neue Gründerzeit‘ “. Damit aus guten Ideen erfolgreiche Gründungen werden, macht die IHK-Organisation Vorschläge. Zugrunde liegen die Erfahrungen von jährlich 200.000 Gesprächen mit Gründerinnen und Gründern.

## Gründungsinteresse nochmals gesunken

IHK-Gespräche mit Existenzgründern



### Zur Fachkräftelücke kommt die Unternehmerlücke

Deutschland wird für seinen erfolgreichen Mittelstand bewundert. Mehr als die Hälfte der 1.300 Weltmarktführer aus dem Segment der kleinen und mittelgroßen Unternehmen entstammen dem Mittelstand „Made in Germany“. Doch diese Erfolgsgeschichte droht ein Ende zu nehmen: Der unternehmerische Nachwuchs wird knapp in Deutschland.

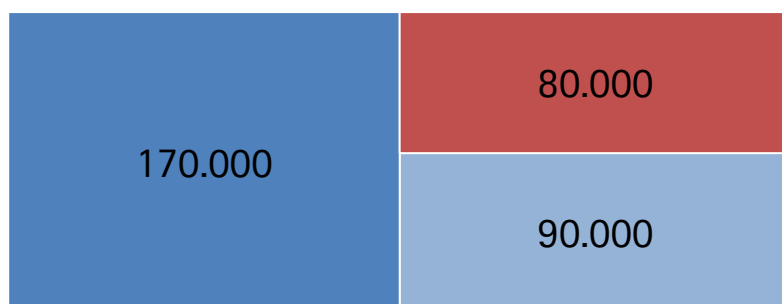
### Eine Million weniger Unternehmer

Die Bevölkerung altert und schrumpft. Das wirkt sich auch auf die Unternehmenslandschaft aus. Unternehmensgründer sind zumeist zwischen 25 und 45 Jahre alt. Diese Altersgruppe wird immer kleiner. Die Folge: Im Jahr 2050 wird es rund eine Millionen Unternehmer weniger geben als heute. Gleichzeitig gehen vor allem in den Schwellenländern immer mehr gut qualifizierte junge Leute an den Business-Start. Das bringt in den kommenden Jahren den deutschen Mittelstand unter Druck. Damit Deutschland auch morgen noch einen wettbewerbsfähigen Mittelstand hat, muss die Zahl der Unternehmensgründung deutlich gesteigert werden.

### Immer noch zu wenig Startups mit Potenzial

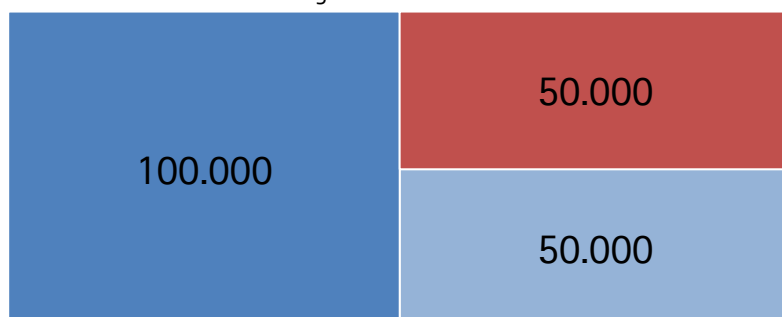
Zwar gibt es deutlich mehr gut qualifizierte Gründer als noch vor einigen Jahren. So hat sich etwa die Zahl der Gründer von IT-Startups, welche die IHK-Beratung aufsuchen, in den letzten sieben Jahren mehr als verdoppelt auf mittlerweile rund 1.000. Insgesamt allerdings war das Gründungsinteresse auch im Jahr 2013 rückläufig. Die IHKs haben 6,9 Prozent weniger Gespräche mit Personen geführt, die ein Unternehmen in der Industrie, im Handel oder den Dienstleistungsbranchen gründen wollten – ein erneuter Negativ-Rekord in der IHK-Gründerstatistik.

- so viele Neugründungen durch Frauen sind laut IHK-Gründungsservice 2014 möglich
- so viele Unternehmen dürften Frauen in diesem Jahr tatsächlich gründen
- so viele Neugründungen durch Frauen sind 2014 zusätzlich möglich



**80.000 zusätzliche Gründungen durch Frauen möglich**

- so viele Arbeitsplätze könnten durch Neugründungen laut IHK-Gründungsservice 2014 geschaffen werden
- so viele Arbeitsplätze dürften Frauen mit Neugründungen 2014 tatsächlich schaffen
- so viele Arbeitsplätze durch Neugründungen von Frauen sind 2014 zusätzlich möglich



**Dadurch können 50.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden**

### Viel Potenzial für neue Gründungen bei den Frauen

Würde der Anteil von Frauen an den Existenzgründungen (derzeit knapp 30 Prozent) so hoch sein, wie in den Gründerseminaren der IHKs (43 Prozent), könnten damit pro Jahr mindestens 50.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Damit mehr Frauen in die Lage versetzt werden, ein Unternehmen zu gründen, bedarf es einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit einem bedarfsgerechten Betreuungsangebot an Ganztagschulen etwa könnten wir in ganz Deutschland rund 850.000 neue Vollzeitstellen schaffen. Da wäre auch viel Raum für neues Unternehmertum – für Mütter und für Väter. Zusammen mit den nachfolgenden Vorschlägen unterbreitet die IHK-Organisation insgesamt 18 Empfehlungen, um Unternehmensgründungen zu erleichtern und attraktiver zu machen.

## Mangelware Eigenkapital – Nach den 3 Top-Hemmnissen befragt – soviel Prozent der IHK-Experten sagen: Gründer wissensintensiver Projekte ...



### Mangelware Eigenkapital

Fast zwei Drittel der IHK-Gründungsberater sehen einen nicht ausreichenden Zugang zu Eigenkapitalgebern als großes Hemmnis gerade für Gründungen mit hohem Innovationsgehalt. Vor allem hier sollte die Politik ansetzen. Zudem sieht fast jeder zweite IHK-Berater den Zugang zu Fremdkapital verengt. Lange Vorlaufzeiten und eine unsichere Marktsituation machen Gründungen, die Neuheiten in den Markt bringen, für Banken und Sparkassen besonders schwer kalkulierbar.

## Empfehlungen der IHK-Organisation für eine „Neue Gründerzeit“

### Mehr Wagniskapital aktivieren

Trotz Niedrigzinsen ist besonders für Gründer der Zugang zu Krediten schwierig. Sie sind daher auf ausreichende Eigenkapitalfinanzierung angewiesen. Gerade hier hapert es aber in Deutschland gewaltig. Es ist deutlich zu wenig privates Eigenkapital verfügbar. Gemessen an der Wirtschaftsleistung fließt in den USA zehn Mal soviel privates Wagniskapital. Beispielsweise kann sich ein ausländischer Investor nicht sicher sein, ob seine in Deutschland erzielten Beteiligungsgewinne zusätzlich zur Besteuerung im Heimatland noch durch den deutschen Fiskus besteuert werden. Denn hier entscheiden die Finanzämter aufgrund der unklaren Rechtslage in jedem Einzelfall. In der Folge meiden große internationale Risikokapitalgeber (z. B. amerikanische Pensionskassen oder Universitäten) Investitionen in deutsche Wagniskapitalfonds, die wiederum in Startups und Technologieunternehmen investieren würden. Mehr Steuertransparenz wäre ein wichtiger Schritt, die Gefahr von Doppelbesteuerungen zu lindern.

Investments in innovative Gründungen sind durch lange Amortisationsphasen und oft sehr unsicheren Markterfolg geprägt. Ein wichtiger Schritt zur Minderung dieser Unsicherheit wäre die „Rückendeckung“ durch ein Steuerrecht, das einen unbegrenzten Vortrag von Verlusten vorsieht. Die Berücksichtigung einer längeren Zeitspanne zur Bewertung der steuerlichen Leistungsfähigkeit wäre ein wichtiger Fortschritt bei der Verbesserung von Finanzierungsbedingungen für Gründer.

### Mittelstandserleichterungen bei Basel III entfristen

Kreditinstitute werden im Zuge der neuen Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften noch stärker auf Risiken achten. Das spüren gerade junge Unternehmen mit ihrem unsicheren Markterfolg und mithin höheren Kreditrisiko. Die Mittelstandserleichterungen bei Basel III müssen daher auch über die bis 2017 gehende Pilotphase hinaus bestehen.

### Willkommenskultur für Fachkräfte verbessern

Insbesondere Gründer von IT-Startups rekrutieren Fachkräfte auch aus anderen Ländern. Eine bessere Willkommenskultur verbessert die Startbedingungen für Fachkräfte und für ihre Arbeitgeber. Dazu gehören etwa Welcome-Center vor Ort, die bürokratische Abläufe vereinfachen und in denen gesetzliche Anforderungen an die Fachkräfte verständlich erklärt werden.

<b>Förderung arbeitsloser Gründer um Darlehen ergänzen</b>	Die Bundesregierung will weiter auf die Förderung arbeitsloser Gründer setzen. Doch die Reform des Gründungszuschusses für Empfänger des Arbeitslosengeldes (ALG I) hat einen Webfehler: Der Kreis der Förderberechtigten ist derzeit unsystematisch auf solche Personen eingengt, die keine Chancen auf Vermittlung in abhängige Beschäftigung haben. Es sollte überlegt werden, die Förderung arbeitsloser Gründer zumindest teilweise auf Darlehensbasis umzustellen. So werden Mitnahmeeffekte verhindert. Beispielsweise könnte geprüft werden, ob in einem bestehenden Programm, etwa dem ERP-Gründerkredit StartGeld der KfW, ein Fenster für Gründungen aus der Arbeitslosigkeit geschaffen werden kann, vorrangig zur Überbrückung der Anlaufphase. Auf diese Weise würden auch solche Gründer unterstützt, die keinen Gründungszuschuss bekommen.
<b>One-Stop-Shops für Gründer einrichten</b>	Die Bundesregierung will durch One-Stop-Agencies schnellere Unternehmensgründungen möglich machen. Hierfür bieten sich die IHKs an, die bereits heute einen vielfältigen und passgenauen Gründerservice aus einer Hand anbieten – von Erstauskunft über Businessplancheck bis hin zu Hilfen bei Finanzierung, Förderanträgen und Gewerbeanzeigen. Als erster Schritt sollten alle Bundesländer den IHKs ermöglichen, Gewerbeanzeigen auch rechtsgültig zu bearbeiten. Das wäre im Sinne einer Empfehlung des EU-Aktionsplans für mehr Unternehmertum.
<b>Auf Mentoring-Programme setzen</b>	Grundvoraussetzung für erfolgreiche Gründungen ist eine gute Geschäftsidee. Diese Maxime gilt für alle Gründer gleichermaßen. Auch das Handwerkszeug, um ein Unternehmen zu führen, wie Preiskalkulation, Kostenrechnung, Marketing etc. müssen alle Gründer zumindest in Grundzügen beherrschen. Hierfür sind Mentoring-Programme zielführend. Dabei werden Existenzgründer eine Zeit lang von erfahrenen Unternehmern begleitet. Ein gutes Beispiel ist das von der Bundesregierung geförderte Programm TWIN (Two Women Win): Erfahrene Geschäftsfrauen arbeiten mit Jungunternehmerinnen zusammen.
<b>Coaching-Programme weiterentwickeln</b>	Die teilweise Förderung von Gründercoachings gibt Existenzgründern einen Anreiz, sich in der schwierigen Aufbauphase durch einen Berater kompetent begleiten zu lassen. So können Fehler vermieden werden, die trotz guter Geschäftsidee zum Scheitern führen können. Die Programme der Länder (Vorgründungsphase) und das Bundesprogramm Gründercoaching Deutschland (Nachgründungsphase) sollten unter Beteiligung der IHKs fortgeführt werden.
<b>Infrastruktur für Gründer verbessern</b>	Vor allem auch die Kommunen sind gefordert, Gründerzentren, Inkubatoren und Technologieparks bereit zu stellen, in denen Gründer geeignete Räumlichkeiten finden und Netzwerke mit anderen Gründern knüpfen können.
<b>Mehr Verständnis für Unternehmertum in Politik und Verwaltung</b>	Auch subjektive Faktoren wie die gesellschaftliche Wertschätzung des Unternehmertums beeinflussen die Gründungsdynamik einer Region. Alle gesellschaftlichen Akteure müssen stärker zur Selbstständigkeit ermuntern und zu einem positiven Unternehmerbild beitragen. Dies gilt insbesondere für Schulen, Hochschulen, Politik, Medien und auch Unternehmer als Vorbilder. Insbesondere in den meisten Schulen sollte die Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen viel stärker verankert werden.



<b>Existenzgründern vierteljährliche (statt monatliche) Umsatzsteuervoranmeldung ermöglichen</b>	Die Verpflichtung zur monatlichen Umsatzsteuervoranmeldung hat sich zur Bekämpfung von Umsatzsteuerbetrug in der Praxis als wirkungslos erwiesen, aber zu einem hohen Verwaltungsaufwand für alle Existenzgründer geführt. Existenzgründer sollten die Umsatzsteuervoranmeldung daher wieder vierteljährlich abgeben dürfen, wie etablierte Unternehmer.
<b>Formular „Einnahme-Überschussrechnung“ abschaffen</b>	Das im Jahr 2004 eingeführte Pflichtformular für Kleinunternehmer ist ohne Steuerberater kaum zu bewältigen.
<b>Steuerliche Kleinunternehmergrenze erhöhen</b>	Die Umsatzgrenzen, ab denen Unternehmer zwingend der Umsatzsteuer unterliegen, sollte beim Vorjahresumsatz von 17.500 Euro auf 25.000 Euro und für den voraussichtlichen aktuellen Jahresumsatz von 50.000 Euro auf 75.000 Euro erhöht werden – mit Anpassung erst bei mehrjähriger Überschreitung. Diese Maßnahme würde zu einem erheblichen Abbau von Bürokratie führen und Existenzgründer deutlich entlasten.
<b>Gründungen in ehemals privat genutzten Räumen vereinfachen</b>	Die Antragspflicht auf Nutzungsänderung für Miet-Immobilien bei Kleingewerbetreibenden, zumindest aber bei Ein-Personen-Gründungen "von zu Hause aus" im Dienstleistungsbereich ohne oder mit nur geringem Kundenverkehr sollte entfallen.
<b>Bestandsschutz für Genehmigungen einräumen</b>	Beim Betriebsübergang im Gaststättengewerbe sollten die für den Alteigentümer gültigen objektbezogenen Genehmigungen ein Jahr lang fortbestehen.
<b>Betriebsübergang vereinfachen</b>	Bei einem Betriebsübergang werden hohe Anforderungen an die Informationspflicht des Arbeitgebers gegenüber dem Arbeitnehmer gestellt. Deutschland hat die entsprechende EU-Richtlinie überzogen umgesetzt. Das führt für alle Beteiligten zu einer erheblichen Rechtsunsicherheit. Die Informationspflichten beim Betriebsübergang sollten vereinfacht werden, das Widerspruchsrecht ist zeitlich auf sechs Monate zu befristen.
<b>Kommunale Satzungen von unverhältnismäßigen Belastungen befreien</b>	Manche Gemeindesteuern benachteiligen Existenzgründer gegenüber etablierten Unternehmen (z. B. Schankerlaubnissteuer für Neubesitzer eines Gastronomiebetriebes, Parkplatzabläse). Solche Regelungen engen Finanzierungsspielräume von Gründern und jungen Unternehmen zusätzlich ein.
<b>Länder sollten den IHKs das Angebot der rechtsgültigen Gewerbeanzeige ermöglichen</b>	Seit dem Jahr 2007 dürfen die IHK-Starterzentren in Rheinland-Pfalz und die Handelskammer Hamburg aufgrund von Landesregelungen einen solchen Service anbieten, seit März 2010 auch die IHKs in Bayern. So erhalten Existenzgründer bei ihrer dortigen IHK/HK einen Gründerservice aus einer Hand. Die bundesweite Umsetzung eines solchen Bürokratieabbaus würde Unternehmensgründungen in ganz Deutschland beschleunigen.